

Von Frederik Willem de Klerk zu Reuven Rivlin

von Reiner Bernstein¹

Bemerkenswert regelmäßig ist behauptet worden, dass zu einer Wende in Israels Beziehungen zu den Palästinensern nur ein politisch rechts stehender Politiker fähig sei. Die Gegenbeispiele Ariel Sharon, der 2005 den Gazastreifen aufgab, um in der Westbank und in Ost-Jerusalem vollendete Tatsachen zu schaffen, und die Politik Benjamin Netanjahus scheinen dieser Hypothese nichts anhaben zu können, auf welche die internationale Diplomatie mit ihrer Zwei-Staaten-Forderung setzt.

Aber auch die Vorstellung eines gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates will sich nicht den Fakten stellen. Würde er nicht schon daran scheitern, dass es die PLO und in ihrem Gefolge die Autonomiebehörde von Arafat bis Abbas versäumt haben, ihr Volk auf die politischen Aufgaben in paritätisch besetzten Institutionen vorzubereiten? Der sorgenvoll daherkommende Verweis auf den „*demographischen Faktor*“ zugunsten der Palästinenser bei einer Ein-Staat-Ordnung ist gleichermaßen grotesk, weil er auf eine den Spielregeln der Demokratie fremde quantitative Mechanik setzt und schon jetzt die Kohabitation von Juden und Arabern in Beersheva, in Tel Aviv-Jaffa, in Haifa, in Akko und in Jerusalem als unerträglich verwirft.

Wie lassen sich die Lebenschancen beider Völker in einer durch allseitige Desintegration gekennzeichneten Region gewährleisten? Das Vorbild des „Karfreitagsabkommens“ vom 10. April 1998 für Nordirland taugt dazu nicht, weil hinter den Konfliktparteien zwei handlungsfähige souveräne Staaten als Garantiemächte standen.

¹ Abgeschlossen am 16. August 2015. Vgl. auch die Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

Die inzwischen übliche Zitierung der Sykes-Picot-Verabredung vom Mai 1916 unter pflichtschuldigem Verweis auf das epochale Werk von David Fromkin „A Peace to End all Peace“ bleibt kaum mehr als der untaugliche Versuch, die Regierungen von ihrer heutigen Verantwortung abzulenken.

Wenn Männer Geschichte machen wollen...

Israels Staatsoberhaupt Reuven Rivlin hat nach seinem „outing“ als Präsident der Knesset 2010 eine auf den ersten Blick erstaunlich erscheinende politische Metamorphose hinter sich. Verwehrte er sich damals als „*Liebender des Landes Israel in seiner Vollkommenheit*“ gegen einen „*Staat aller seiner Bürger*“, so wollte er – immerhin – der palästinensischen Bevölkerung „*in diesem Land Judäa und Samaria*“ volle bürgerliche Rechtsgleichheit und als Alternative ein „*Souveränitätsarrangement*“ mit einem eigenen Parlament, wenn auch mit beschränkten Kompetenzen, zugestehen².

Als diesjähriger Preisträger der „Internationalen Freunde [des Bildungszentrums] von Giv’at Haviva“ räumte Rivlin ein, dass seit der Gründung Israels keine einzige arabische Ortschaft errichtet wurde. Nach außen blieb er bei seinem Plädoyer einer „*gemeinsamen israelische Identität*“³. In einem Interview mit der Tageszeitung „Yediot Achronot (Letzte Nachrichten)“ am 06. August 2015 räumte er dann ein, dass sich die Palästinenser mit einer „*Autonomie minus*“ nicht abfinden würden.

² Dazu Kap. XI unserer Broschüre „Kein Spiel mit Unbekannten. Israel und Palästina als Überforderung der westlichen Diplomatie?“ München: März 2015.

³ Dazu mein Kommentar „Räson oder Wagenburg: Stellwerk Giv’at Haviva?“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

Deshalb ist zumindest gegenwärtig ein qualitativer Vergleich mit Frederik Willem de Klerk nicht stimmig. Der südafrikanische Staatspräsident, einst Befürworter der Apartheid, hatte einen Reformkurs eingeleitet, der 1991 zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen aus der Europäischen Union führte. Ein Jahr später holte er bei einem Referendum die Zustimmung der weißen Bevölkerung ein, bis 1994 freie Wahlen unter Beteiligung der gesamten Bevölkerungen stattfanden.

Wächst Rivlin in die Statur de Klerks hinein, die das Establishment mit Netanjahu an der Spitze ausbremsen kann? Auf der palästinensischen Seite ist ein charismatischer Nelson Mandela weit und breit nicht in Sicht. Von der bilateralen Friedenspflicht sind Israelis und Palästinenser weit entfernt.

Vom Recht auf „Gleichheit in Ehren“

Da ein Nationalstaat – zumal wenn er sich als „jüdisch“ oder „islamisch“ ausweist – mit mehreren ethnischen, religiösen und wirtschaftlich unterschiedlich starken Segmenten auf Dauer ein Widerspruch in sich bleibt, hat der israelische Soziologe Meron Benvenisti für eine „*Gleichheit in Ehren*“ plädiert. Um seinem Votum eine Chance zu geben, böte sich eine auf Zeit angelegte, vom UN-Sicherheitsrat eingesetzte Treuhandschaft mit robustem Mandat gemäß Artikel 7 der UN-Charta an.

-.-.-.-.-